



NIEDERSACHSEN vorwärts

FEBRUAR 2010 | WWW.SPD-NIEDERSACHSEN.DE

EDITORIAL



LIEBE GENOSSINNEN, LIEBE GENOSSEN,

es gibt Leute, die nichts aus der Finanz- und Wirtschaftskrise lernen – oder verdrängen, dass sie und ihre Brüder im Geiste die Hauptschuld daran tragen. »Der Staat ist ein teurer Schwächling«, posaunte neulich FDP-Generalsekretär Lindner. Und beleidigte gleich im nächsten Satz Millionen arbeitende Menschen: »Zu viele erwarten immer mehr vom Staat und immer weniger von sich.« Die FDP, die in Berlin als Schwanz mit dem Hund wedelt, will den Staat immer nur schwächen. In ihrer verbohnten Ideologie kann die Privatwirtschaft grundsätzlich alles besser als der Staat. Natürlich erledigt der Staat nicht alles. Aber gerade jetzt in der Krise muss er investieren – in Forschung, Bildung, Sicherheit und in das Gesundheitswesen. Und Banken zähmen, dass diese nicht noch einmal fast komplette Volkswirtschaften verzocken. Doch weder mit der Regierung in Berlin noch mit der Regierung Wulff ist Staat zu machen. Mit 383 Euro pro Einwohner investiert Niedersachsen so wenig wie kein anderes Bundesland, fand die Bertelsmann-Stiftung heraus.

Euer

Garrelt Duin
Landesvorsitzender

WIR MÜSSEN DEN PULS DER MENSCHEN FÜHLEN

Was 2010 für die SPD auf der Agenda steht: Partei öffnen, Urwahlen und eine soziale Wirtschaftspolitik

Von Garrelt Duin

Wir Sozialdemokraten quälen uns noch mit den Mühen der Ebene. Aber wir haben den Berg wieder nahe vor Augen, der vor uns liegt. Wohl wissend, dass der Sturm auf den Gipfel nur Schritt für Schritt klappt und viel Puste verlangt. Aber wir sind auf gutem Weg.

Als Mann von der Küste weiß ich, wie wichtig ein fester Anker ist, damit ein Schiff selbst bei Sturm nicht ziellos herumtreibt. Unsere SPD war immer im Volk verankert wie keine zweite Organisation. Sportvereine, Taubenzüchter, Kirche, Gewerkschaften, Arbeiterwohlfahrt oder Reichsbund – überall warfen Sozialdemokraten stabile Anker. Die Zeiten haben sich gewandelt, und die Einstellungen vieler Menschen auch. Aber eines bleibt für uns immer eine vorrangige Aufgabe: Wir müssen verankert bleiben, den Puls der Menschen fühlen.

Ich gebe zu: Das haben wir etwas verlernt. Wir kommen aus dem Tief nur heraus, wenn wir unsere Partei wieder öffnen, mit den Menschen reden und ihnen zuhören. In Expertenrunden, auf der Straße und überall, wo sich die Leute treffen. Auf Bundes- und Landesebene richten wir Foren zu verschiedenen Themen ein. Aber auch jeder Unterbezirk und jeder Ortsverein kann und muss direkt auf die Menschen zugehen, zum Beispiel regelmäßige Stammtische einrichten, mit Meinungsführern in Vereinen und Institutionen in Kontakt kommen und in öffentlichen Treffs über brennende Themen informieren und diskutieren.

Unsere Mitglieder müssen mehr als bisher wieder am politischen Leben teilnehmen, Einfluss nehmen und über den Kurs der Partei mitreden. Ein Mittel dazu sind Mitgliederbefragungen und Urwahlen. Ich gehe davon aus, dass beispielsweise auch unser nächster Spitzenkandidat in Niedersachsen von der gesamten Partei aufgestellt wird. Wirtschaftspolitik spielt in diesem Jahr wieder eine



große Rolle. Leider wird sie in Berlin und Hannover von Politikern gemacht, die wenig zustande bringen. Die Regierung in Berlin wirkt seit dem Ausscheiden von Steinmeier, Steinbrück, Gabriel, Scholz und anderen wie eine Laienspielschar. Umso mehr werden wir in Berlin und Hannover deutlich machen, was wir unter einer Wirtschaftspolitik verstehen, die den Menschen nützt. Wir brauchen Wachstum, das dem gesellschaftlichen Zusammenhalt dient.

Dazu gehören ordentlich bezahlte Arbeitsplätze und keine Nullrunden bei Tarifverhandlungen, um so bei schwächelndem Export die Binnennachfrage anzukurbeln; Verlängerung des Kurzar-

Unsere Aufgabe für 2010:
Mitmischen und Einfluss nehmen, auf der Straße, an Stammtischen, in Vereinen und Verbänden.

Foto: Lopo

Fortsetzung auf Seite 2

Im Niedersachsen-vorwärts:
»TiL – Themen im Landtag«
(Mittelteil Seiten 1–4)

Fortsetzung von Seite 1

beitergeldes; Weiterbildung und Qualifizierung – gerade bei Kurzarbeit; gute Ausbildung und ein Studium ohne Gebühren; Hilfe für kleine und mittlere Unternehmen durch gezielte Förderung

und Kredithilfen; schließlich die Konzentration der Forschungsausgaben auf Zukunftsmärkte. Das sind in Niedersachsen die Autoindustrie, Erneuerbare Energien, Logistik, Gesundheitswirtschaft und maritime Wirtschaft.

Die Landesregierung Wulff investiert viel zu wenig in Forschung und Infrastruktur. Sie trägt bei Investitionen pro Kopf der Bevölkerung in Deutschland sogar die Rote Laterne. Wir werden den Menschen klar machen: Die SPD kann es besser. ■

WEISSE FLECKEN MIT ROTER VERTRETUNG

Die SPD-Landesgruppe im Bundestag ordnet die Vertretung sozialdemokratischer Interessen für Wahlkreise, die ohne Abgeordnete in Parlamenten sind.

Von Lars Wegener



Lars Wegener, Büroleiter der Landesgruppe Niedersachsen in der SPD-Bundestagsfraktion

Seit Herbst vergangenen Jahres ist die niedersächsische SPD mit 19 Abgeordneten aus 30 Wahlkreisen im Deutschen Bundestag vertreten. Es gibt viele Unterbezirke im Norden und im Westen Niedersachsens, die weder durch einen MdB noch durch einen MdL parlamentarisch vertreten sind. Intern wird dabei von »weißen Flecken« gesprochen und alle wissen, was gemeint ist. Während die Fraktion im Landtag bereits ein eingespieltes Team in der Betreuung der »weißen Flecken« ist, steht die SPD-Landesgruppe im Bundestag nun auch in engem Kontakt mit den Unterbezirkvorsitzenden in den verloren gegangenen Wahlkreisen. »Unsere Vorschläge zur Betreuung von 11 Bundestagswahlkreisen liegen auf dem Tisch und werden von meinen Kolleginnen und Kollegen vor Ort besprochen«, erklärt der Vorsitzende der Landesgruppe, Holger Ortel.

Persönlich betreut der Delmenhorster den Wahlkreis Cloppenburg/Vechta und nimmt seine Aufgabe sehr ernst. Holger Ortel ist der Überzeugung die SPD-Bundestagsfraktion müsse auch auf Empfängen und wichtigen Veranstaltungen in den »weißen Flecken« vor Ort sein: »Das dürfen wir nicht den Schwarzen überlassen«, ist seine feste Überzeugung. Die Landesgruppe hat nach regionalen Gesichtspunkten jeweils einen Hauptansprechpartner für jeden Betreuungswahlkreis. Es gibt aber auch Abgeordnete, die neben ihrem eigenen zwei weitere Wahlkreise betreuen. Im Elbe-Weser-Raum ist Lars Klingbeil als einziger Abgeordneter verblieben. Auch er weiß um seine Verantwortung. »Wir dürfen nicht zulassen, dass sozialdemokratische Interessen von ganzen Regionen nicht mehr in Berlin vertreten sein werden«, so sein Fazit.

Die politische Öffentlichkeitsarbeit der Landesgruppe wird zur Zeit vom Vorstand umgestaltet. Klar ist: Die Landesgruppe wird auch »weiterhin Fachkonferenzen der SPD-Bundestagsfraktion in den Betreuungswahlkreisen veranstalten«, sagt Holger Ortel.



Die Landesgruppe Niedersachsen/Bremen der SPD Bundestagsfraktion sorgt für flächendeckende Vertretung Niedersachsens im Bundestag.

Foto: shutterstock.com

Im Februar kommen Niedersachsens SPD-Bundestagsabgeordnete mit den Vorsitzenden der Unterbezirke der »weißen Flecken« während einer Klausurtagung in Verden zusammen. Dann wird abschließend darüber beraten, wie die betroffenen Regionen unterstützt werden. Dabei arbeiten die Niedersachsen mit den beiden Bremern Uwe Beckmeyer und Carsten Sieling zusammen. Gemeinsam bilden sie seit

Oktober die 21-MdB starke Landesgruppe Niedersachsen/Bremen im Deutschen Bundestag. »Alle Bundesministerien, die Geld an die Länder zu verteilen haben, liegen in der Hand von süddeutschen Unions- oder FDP-Politikern«, empört sich der leidenschaftliche Niedersachse Holger Ortel. Deshalb müssen jetzt norddeutsche Interessen gebündelt werden, damit der »Norden nicht abgehängt wird«. ■

»**Gesellschaftliches Leben vor Ort nicht der CDU überlassen.**«

Holger Ortel

NEUE AUFGABE FÜR MATTHIAS MIERSCH



Matthias Miersch, Bundestagsabgeordneter aus Laatzen, ist ins Kuratorium der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) berufen worden.

Mit einem Stiftungskapital von 1,3 Milliarden Euro ist die DBU eine der größten Umweltstiftungen der Welt. Seit Bestehen der Stiftung 1990 sind mehr als 7.500 Projekte unterstützt worden. Schwerpunkt ist die Förderung von umweltfreundlichen Ideen und Projekten im Mittelstand.

»Ich werde die neue Aufgabe nutzen, um den Gedanken der Nachhaltigkeit noch stärker in unserer Gesellschaft zu verankern. Unsere Umwelt steht vor dem Abgrund und wir dürfen keine Chance auslassen, gegenzusteuern«, so Miersch, der in dieser Wahlperiode zum umweltpolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion gewählt worden ist. ■ eb.

»WIR MACHEN UNS AUF DEN WEG«

Empowerment, Organizing und atmende Organisation: innerparteiliche Demokratie und neue Formen von Beteiligung sind notwendig, damit die SPD wieder die Rolle einnimmt, die unser Land braucht.

Von Michael Rüter

In Niedersachsen – einer der Herzkammern der Sozialdemokratie – erzielte die SPD mit 29,3% das schlechteste Ergebnis der Wahlgeschichte. Wir können und wir dürfen mit unserem Abschneiden absolut nicht zufrieden sein. Partei und Fraktion verlieren politische Gestaltungskraft und auch die Personal-, Finanz- und Organisationskraft sind eingeschränkt. Innerparteiliche Reformen sind unumgänglich.

Organisationspolitische Defizite schnell beheben

Weitreichende Vorschläge aus den Parteireform-Kommissionen, insbesondere aus der Beck Kommission »Moderne Mitgliederpartei« – etwa zur direkten Beteiligung von Mitgliedern an inhaltlichen und personellen Entscheidungen – liegen bereits vor. Für viele organisationspolitische Fragestellungen gibt es weniger ein Erkenntnisdefizit, sondern ein Umsetzungsdefizit, auf allen Ebenen der Partei. Beteiligungsformen und –wege müssen gelebt werden, die Kultur des Empowerments muss für Gesellschaft und Partei etabliert werden.

Der programmatische »Mainstream der Moderne« – die Verabschiedung von grundsätzlicher Umverteilungspolitik zugunsten von Fragmenten eines neoliberalen Staatsverständnisses – wurde in wenigen Nuancen nach den jeweiligen Wahlniederlagen angepasst. Das »Diktat des Handelns« wurde mit Regierungstreue übersetzt und beantwortet. Die Entscheidungskaskade: Erst Staat und Regierung, dann Fraktion, dann Partei und Mitgliedschaft, wurde immer effektiver weiterentwickelt und hat sicherlich auch seinen Teil zum Glaubwürdigkeits- und Vermittlungsproblem beigetragen.

Welche Fehler sind gemacht worden?

1. Die inhaltliche Dimension: Beginnend mit der Entscheidung für den Kosovo-Einsatz gab es Glaubwürdigkeitsverluste. Die Agenda 2010 und deren Umsetzung ab 2003 sind von großen Teilen der klassischen SPD-Wählerschaft nicht akzeptiert worden und die »Rente mit 67« ist in vielen Bereichen der Arbeitnehmerschaft auf Ablehnung gestoßen.

2. Die strategische Dimension: Dem SPD-Bundestagswahlkampf hat es 2009 an einer klar erkennbaren und vermittelbaren Machtoption gefehlt. Für die SPD gilt, dass wir nur dann als ernst zu nehmende politische Kraft wahrgenommen werden, wenn wir glaubhaft die Chance auf die Führung und die Gestaltung der Regierung beanspruchen können.
3. Die soziologisch-demographische Dimension: Weniger Jung- und Erstwähler und gleichzeitig mehr »reife Wähler«, die vergleichsweise konservative Wertvorstellungen präferieren, stellen neue Anforderungen an unsere programmatische und strukturelle Aufstellung.
4. Die innerparteiliche Dimension: Die elf Jahre in der Regierung haben den Wert der innerparteilichen Willensbildung stark zurückentwickelt. Mehr als einmal wurde die Parteimitgliedschaft mit der Sackgassenstrategie »dieser Weg ist alternativlos« konfrontiert. Dieser Vertrauensverlust wirkt sich fatal aus: Es hat die Partei Einfluss, Möglichkeiten, Kreativität und auch SPD Mitglieder gekostet.

Die Mitglieder fühlen sich zur SPD hingezogen oder in ihr beheimatet, weil sie eben kein »Kanzlerwahlverein« und keine Vereinigung zur Absicherung politischer Macht ist, vor allem aber weil sie damit konkret die Teilhabe an Gestaltungsmöglichkeiten im eigenen Umfeld (Arbeitsplatz oder Kommune, aber auch Wohlfahrtsverbände, Umweltorganisationen und Sportvereinen) verbinden.

Veränderte Anforderungen

Wir müssen akzeptieren, dass die Mitgliederinteressen zwischen Vollzeit- und Teilzeit-Engagement schwanken, die Anforderungen der Menschen an die SPD haben sich gewandelt. Deshalb gewinnt die Dienstleistungsfunktion des Parteiapparates weiter an Bedeutung. Neumitglieder müssen sofort betreut werden, die Mitglieder brauchen verlässliche Informationen und die Teilhabe an Entscheidungen muss vorbereitet und sichergestellt werden. Dabei muss nicht jede Dienstleistung gleichzeitig und an allen Orten vorgehalten werden. Ein modernes und schlagkräfti-

ges Mitgliedermanagement, dass Mitglieder nicht als Vorgang und Nummer begreift, sondern als Gewinn für neue Handlungsfähigkeit und Potenzierung unserer Kreativität ist ein MUSS.

Organizing – Weiterentwicklung der Kampagnenstrategie?

Vor etlichen Jahren war es noch Glaubensfrage, ob mit der Methodik der Kampagnenstrategie gearbeitet werden soll oder nicht. Mittlerweile ist diese Methodik in allen Bereichen und Ebenen der Partei, in vielen Großorganisationen und auch Unternehmungen Grundlage des Planens und des Handelns:

- Konzentration auf wenige, dafür nachvollziehbare Punkte (Inhalte oder Maßnahmen),
- Planung des Ressourceneinsatzes,
- Auswahl der Instrumente abgestimmt mit allen politischen, organisatorischen und kommunikativen Handelnden einer Kampagne,
- klare und transparente Steuerung / Leitung der Kampagne.

Der Kern von Organizing ist ein Leitbild von »beteiligungsorientierter Parteilarbeit«. Potenzielle Mitglieder werden als mobilisierungsfähige Aktivisten organisiert, die dann zukünftig selber den Kern der lokalen Parteilarbeit bilden. Dem traditionellen Stellvertretermodell wird damit ein basisnahes Selbstvertretungsmodell entgegengesetzt. Bei den Gewerkschaften ist es ein konkretes Ziel – in der Regel ein Tarifvertrag oder die Einleitung von Betriebsratswahlen. In die Parteilarbeit übersetzt, werden es lokale und regionale Projekte sein müssen, die der sozialen und/oder ökologischen Verbesserung der Lage dienen. Bei ver.di und bei der IG Metall wird seit einigen Jahren mit der Organizing Methode gearbeitet. Vor allem in den Branchen und Regionen, in den die Gewerkschaften traditionell wenige Mitglieder und damit wenig Einfluss hatten. Die Durchsetzung des Mindestlohns und die Steigerung der Mitgliederzahlen gerade in diesen Branchen (Sicherheitsgewerbe, Reinigungskräfte, Ingenieure) belegen den Erfolg dieser Methode. Wenn die SPD hieraus lernt und den eingeschlagenen Weg konsequent weiter beschreitet, wird auch sie wieder viele Tore schießen und erfolgreich sein. ■



Michael Rüter,
Landesgeschäftsführer der
SPD Niedersachsen

» Die Mitglieder fühlen sich zur SPD hingezogen oder in ihr beheimatet, weil sie eben kein »Kanzlerwahlverein« und keine Vereinigung zur Absicherung politischer Macht ist. «

Michael Rüter

» Die SPD muss das Leitbild der beteiligungsorientierten Parteilarbeit in den Mittelpunkt stellen. Potenzielle Mitglieder werden als mobilisierungsfähige Aktivisten organisiert, die dann zukünftig selber den Kern der lokalen Parteilarbeit bilden. «

Michael Rüter



Petra Emmerich-Kopatsch, MdL, umweltpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag

»**Legende vom »billigen« Atomstrom hat schon jetzt 12 Milliarden Euro Steuern verschlungen.**«
Petra Emmerich-Kopatsch

Forschung ohne Fortschritt: Die Altlasten der Atomindustrie werden den Steuerzahler weitere Milliarden kosten.

Foto: Shutterstock.com

Impressum

Herausgeber: SPD Niedersachsen
Verantwortlich: Michael Rüter
Redaktion: Lothar Pollähne, Sebastian Schumacher
Anschrift: Odeonstraße 15/16
30159 Hannover
E-Mail: lopo.vorwaerts@gmx.de
Layout & Satz: Anette Gilke
mail@AnetteGilke.de

STRAHLENDE ALTLASTEN

Die Ko-Finanzierung der Stilllegung atomarer Anlagen aus Mitteln des Forschungsministeriums muss beendet werden.

Von Petra Emmerich-Kopatsch

Wer beim Thema Forschungsförderung an Investitionen in die Zukunft denkt, sollte sich den Haushalt des Bundesforschungsministeriums einmal genau anschauen. Dort ist mit vielen Milliarden Euro die strahlende deutsche Vergangenheit verbuddelt. Über vier Milliarden Euro sind für aktuelle Forschungs- und Entwicklungsprojekte eingestellt, die vor allem ein Ziel haben: die Behandlung und Beseitigung von Altlasten der

Würden die notwendigen Kosten für die Behandlung und Beseitigung von atomaren Altlasten tatsächlich nach dem Verursacherprinzip aufgelistet, dann wäre die Diskussion über längere Laufzeiten von alten Atommeilern zügig beendet.

Prägnantestes Beispiel für die verfehlte Verwendung von Forschungsmitteln ist aus wissenschaftspolitischer Sicht der Hochtemperaturreaktor THTR 300 in

Verglichen mit den Kosten für den Abbau des Versuchsreaktors AVR in Jülich sind die Uentropen Millionen beinahe »Peanuts«. Seit der Jülicher Reaktor nach »desolatem Projektverlauf«, so das Bundesforschungsministerium, 1988 abgeschaltet werden musste, sind die Kosten für die Zwischen- und eventuelle Endlagerung des atomaren Materials der Atomruine mit gut zwei Milliarden Euro veranschlagt worden. Der Forschungs-etat wird allein für den vollständigen Abbau der Anlage mit 443,7 Millionen Euro belastet.

Noch höher sind die Kosten für die Abwicklung der Wiederaufbereitungsanlage (WAK) in Karlsruhe. Stilllegung und Rückbau kosten das Forschungsministerium und damit die steuerzahlende Bevölkerung 2,631 Milliarden Euro. Die Stromkonzerne, denen die WAK zur Bearbeitung ausgedienter Brennelemente aus ihren hochprofitablen Atomkraftwerken diente, zahlen lediglich 1,4 Milliarden Euro. So werden Verluste vergesellschaftet, um den Mythos vom »billigen Atomstrom« aufrecht zu erhalten.

Wer bei diesen Summen ins Frösteln gerät, sollte sich richtig warm anziehen, denn was an Kosten für die Rückführung der atomaren Abfälle aus der ASSE aufgewendet werden muss, wird das Vorgenannte um ein Vielfaches übertreffen. Im mittlerweile maroden »Versuchsendlager« hat die Atomwirtschaft ihren Müll jahrelang für ein Trinkgeld entsorgt. In Zeiten billiger Energie fiel das nicht besonders auf. Heute jedoch ist klar, dass der billige Atomstrom krimineller Lagerung bedurfte. Wer bis in die 50er Jahre des vergangenen Jahrhunderts zurückgeht und das Einmaleins anwendet, kommt auf direkte und indirekte Zuwendungen an die Atomindustrie von 160 Milliarden Euro.

Das würde reichen, um 34 Jahre lang alle Kitas und Schulen in Niedersachsen zu finanzieren. Diese Summen lassen sich sicherlich nicht wieder einfordern, aber eines zumindest ist ohne Probleme ad hoc machbar: Die Streichung aller Zuwendungen aus dem Bundesforschungshaushalt für die Behandlung und Beseitigung von Altlasten der Atomindustrie. Die dort eingesparten Mittel ließen sich wirklich zukunftsweisend einsetzen für die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses in Deutschland, der seine Neugier nachhaltig unter Beweis stellen möchte. ■



Atomindustrie. Angesichts der Probleme mit dem einstmaligen »Versuchsendlager« Asse müssen da alle Alarmglocken klingeln, denn einmal mehr soll der Lastenausgleich für die Pannen der Atomindustrie zu Lasten der steuerehrlichen Mehrheit der Bevölkerung abgewickelt werden.

Das ist nicht neu, denn seit gut 20 Jahren werden Stilllegungsmaßnahmen, geädelt mit dem Siegel wissenschaftlicher Forschung, aus Steuermitteln subventioniert. Nach vorsichtigen Schätzungen dürften auf diesem Wege mittlerweile gut 12 Milliarden Euro aus Steuermitteln aufgewendet worden sein, um die Legende vom »billigen Atomstrom« fortzuschreiben. Diese Art von Geldgeschenken verdient ein anderes Prädikat: »Wettbewerbsverzerrung«.

Hamm-Uentrop. Den hielt die Energiewirtschaft, nachdem er 1983 in Betrieb gegangen war, für das atomare Zukunftsprojekt. Die Zukunft dauerte vier Jahre, dann wurde der THTR 300 nach nur 423 Tagen mit voller Leistung angesichts schwerer Störfälle vom Netz genommen. Die Hinterlassenschaft dieses Zukunftsprojekts: 5997 Kubikmeter Atom Müll, jede Menge verseuchte Gebäude und bis heute ein Abwicklungskostenaufwand von rund einer Milliarde Euro. Wieviele Millionen Euro davon tatsächlich auf die öffentliche Hand umgelegt worden sind, lässt sich nur schätzen. Bekannt ist lediglich, dass das Bundesforschungsministerium unter der Leitung von Annette Schavan 94,5 Millionen Euro zur »geordneten Restabwicklung« bereitgestellt hat.

ABWÄGUNGEN ZU AFGHANISTAN

Selten hat eine Einmischung für so viel Aufregung gesorgt, wie die Neujahrspredigt der Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche Deutschlands, der Hannoverschen Landesbischöfin Margot Käßmann, gehalten in der Frauenkirche in Dresden. Ihr Thema, das hinter Zitatfetzen fast übersehen wurde, war eine Reflexion über den Satz »Euer Herz erschrecke nicht« Afghanistan war dabei nur eines jener Schrecknisse, denen sich Margot Käßmann in ihrer Predigt gewidmet hat. Andere waren die unbefriedigenden Ergebnisse des Klimagipfels in Kopenhagen und die zunehmende Kinderarmut in Deutschland. Viele Kritiker, quer durch alle Parteien, sind öffentlich zu Wort gekommen und haben versucht, der Bischöfin die Leviten zu lesen. Die meisten hätten zunächst einmal den vollen Wortlaut der von ihnen inkriminierten Passage lesen sollen. Der Niedersachsen-vorwärts dokumentiert Margot Käßmanns Gedanken zu Afghanistan und hat Benno Haunhorst und Lars Klingbeil um Stellungnahmen gebeten. ■



Der Wehrbeauftragte des Bundestages, Reinhold Robbe (SPD), hier bei einem Besuch in Afghanistan, hatte sich zunächst drastisch zu Margot Käßmanns Einlassungen geäußert, danach jedoch einen persönlichen Brief an die Bischöfin geschrieben, auf den es bei Redaktionsschluss noch keine Antwort gab. Foto: Amt WB



Foto: Lawrenz

»NICHTS IST GUT IN AFGHANISTAN.«

All diese Strategien, sie haben uns lange darüber hinweggetäuscht, daß Soldaten nun einmal Waffen benutzen und eben auch Zivilisten getötet werden. Wir brauchen Menschen, die nicht erschrecken vor der Logik des Krieges, sondern ein klares Friedenszeugnis in der Welt abgeben, gegen Gewalt und Krieg aufbegehren und sagen: Die Hoffnung auf Gottes Zukunft gibt mir schon hier und jetzt den Mut von Alternativen zu reden und mich dafür einzusetzen. Manche finden das naiv. Ein Bundeswehroffizier schrieb mir, etwas zynisch, ich meinte wohl, ich könnte mit weiblichem Charme Taliban vom Frieden überzeugen. Ich bin nicht naiv. Aber Waffen schaffen offensichtlich auch keinen Frieden in Afghanistan. Wir brauchen mehr Phantasie für den Frieden, für ganz andere Formen, Konflikte zu bewältigen. Das kann manchmal mehr bewirken als alles abgeklärte Einstimmen in den vermeintlich so pragmatischen Ruf zu den Waffen.

Margot Käßmann

WIDERSPRUCH IN DER SACHE

Nur klare Ziele und eine internationale Kraftanstrengung führen in Afghanistan zum Erfolg.

Von Lars Klingbeil



Lars Klingbeil, MdB, Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestags.

Foto: Marco Urban

Mit dem Ausspruch in ihrer Neujahrspredigt »Nichts ist gut in Afghanistan« hat die Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Margot Käßmann, provoziert, eine Lawine des Protests ausgelöst und, und das ist für mich entscheidend, für eine breite Diskussion in der Öffentlichkeit zum Thema Afghanistan gesorgt. Ich bin Frau Käßmann daher für ihren Impuls dankbar, in der Sache muss ich ihr jedoch widersprechen.

Klar ist: Wir brauchen diese gesellschaftliche Debatte zum Thema Afghanistan und wir brauchen sie jetzt. Viel zu lange ist die Diskussion nur unter Experten geführt worden. Eine offene gesellschaftliche Debatte über den Einsatz fand nicht statt. Eine gesellschaftliche Mehrheit für unser Engagement gibt es nicht mehr. Dies war früher anders: Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 haben wir mit einem großen innenpolitischen Konsens auf die neue Bedrohung durch den internationalen Terrorismus reagiert und beschlossen, den Afghanen bei der Stabilisierung ihres Landes zu helfen. Nach acht Jahren am Hindukusch ist es jedoch an der Zeit, eine ehrliche Bilanz des Einsatzes zu ziehen. Dafür kann es ein »Weiter so« in Afghanistan nicht geben. Weder der sofortige Abzug noch ein unbefristetes Engagement in Afghanistan können Antworten auf die Aufgabe sein, die wir international übernommen haben. Stattdessen müssen wir in einer breiten öffentlichen Diskussion den Einsatz beleuchten. Hierzu einige Gedanken: In einigen Teilen des Landes herrschen friedliche Verhältnisse. Dort haben wir bereits begonnen

die Verantwortung an die Afghanen zu übergeben. Diesen Weg müssen wir konsequent weitergehen. In anderen Teilen des Landes hat sich die Situation verschärft. Dort wird es nur mit einer Mischung aus erhöhter militärischer Präsenz und einem massiven Ausbau ziviler Aktivitäten gelingen, dauerhafte Stabilität zu erreichen. Nur durch größere Anstrengungen beim Aufbau von Armee, Polizei und Justiz werden die Afghanen Verantwortung übernehmen können. Hier muss unser Schwerpunkt liegen. Alle diese Maßnahmen müssen auf Augenhöhe mit der afghanischen Seite entwickelt werden. Doch es gilt auch, den Druck auf die afghanische Regierung zu erhöhen: Das Vertrauen der Bevölkerung in die staatlichen Strukturen kann nur wachsen, wenn Korruption und Missbrauch wirksam bekämpft werden.

Wenn wir klare Ziele entwickeln und zu einer internationalen Kraftanstrengung kommen, bin ich überzeugt: Wir können Afghanistan stabilisieren. Kein deutscher Soldat darf auch nur einen Tag länger am Hindukusch bleiben, als unbedingt notwendig. ■



Bernd Lange, MdEP

Foto: Anette Gilke

» Die Anhörung ist Ausdruck eines modernen demokratischen Systems.«

Bernd Lange

ERST DURCHS KREUZFEUER – DANN ZUM AMTSANTRITT

Anhörungen: Eine Option für Niedersachsen?

Von Bernd Lange, MdEP

Kurz vor Redaktionsschluss dieser Ausgabe hat die bulgarische Kommissionsanwärterin für internationale Zusammenarbeit Rumjana Schelewa ihre Kandidatur zurückgezogen. Für mich ist dies die logische Konsequenz aus ihrem fachlich inkompetenten Auftritt vor dem Europäischen Parlament (EP). Dazu kamen ungenaue Angaben über Einkünfte aus Nebentätigkeiten. Seit dem 11. Januar müssen sich die designierten Kommissare der Europäischen Kommission – aus jedem Mitgliedsland der EU einer – jeweils 3-stündigen Anhörungen durch die Fachausschüsse des EP stellen. Das Mittel der Anhörung ist Ausdruck eines modernen demokratischen Systems, welches es den gewählten Europaabgeordneten ermöglicht, die Qualifikation der künftigen Kommissare für das angestrebte Amt zu prüfen.

An dem Beispiel der Bulgarin zeigt sich, dass die neue Kommission ohne eine Zustimmung des EP ihre Arbeit nicht aufnehmen kann. Die Anhörungen sind die Stunde des Parlaments. Ein Modell, mit dem auch die Landesminister in Niedersachsen vor der Amtsübernahme auf Herz und Nieren geprüft werden sollten. Künftige Regierungsvertreter müssen vor den Volksvertretern ihre Eignung unter Beweis stellen. Wer weiß, ob ein Minister Sander dann überhaupt ins Amt gekommen wäre?



Das Europäische Parlament spricht mit bei wichtigen Personalentscheidungen. Foto: shutterstock.com

Bulgarien hat bereits die derzeitige Weltbank-Vizepräsidentin Kristalina Georgiewa als neue Kandidatin benannt. Die für Ende Januar geplante Abstimmung des EP über die neue Kommission wird sich nun auf Anfang Februar verschieben.

Bereits am 11. Februar treffen sich die Staats- und Regierungschefs zu einem Sondergipfel in Spanien, welches in der ersten Jahreshälfte 2010 die halbjährlich wechselnde Ratspräsidentschaft inne hat. Dort geht es um die Ausrichtung der EU-Strategie im gerade begonnenen Jahrzehnt. Ziel der EU-Strategie 2020 ist die Förderung von Wachstum

und Beschäftigung in Europa. Damit der Beschluss mehr als ein Lippenbekenntnis wird, hat der spanische Ministerpräsident Zapatero angeregt, verbindliche Zielvorgaben einzuführen. Es geht um Regulierung der Finanzmärkte, Erneuerung der Infrastruktur, Förderung von Innovationen, eine ökologische Industriepolitik, Qualifizierung und sozialen Zusammenhalt.

Dabei muss europäische Politik eng mit nationaler und niedersächsischer Politik abgestimmt werden, damit nach der Krise nicht vor der Krise ist und die Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik der EU auf soliden Füßen steht. ■

ANSTIFTUNG ZU HOFFNUNG UND MUT



Benno Haunhorst, Sprecher der Christinnen und Christen in der SPD

Foto: privat

Den Aufschrei über die Neujahrspredigt von Bischöfin Käßmann kann ich nicht nachvollziehen. Sie diffamierte keine Soldaten und griff auch nicht die Politik der Bundesregierung an. Ihre Worte stehen in nichts den Äußerungen des katholischen Militärbischofs Walter Mixa nach, der dennoch weitgehend unangestastet blieb. Die Bischöfin sprach über die Jahreslosung »Euer Herz erschrecke nicht – glaubt an Gott und glaubt an mich.« Sie benannte die Krisen, die es auch Christen schwer machen nicht zu erschrecken. Das ist gut so; alles andere wäre billige Vertröstung über das wahre Leben hinweg. Käßmann sprach über ihre persönlichen Rückschläge und bezog die mangelnden Erfolge beim Einsatz für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung mit ein.

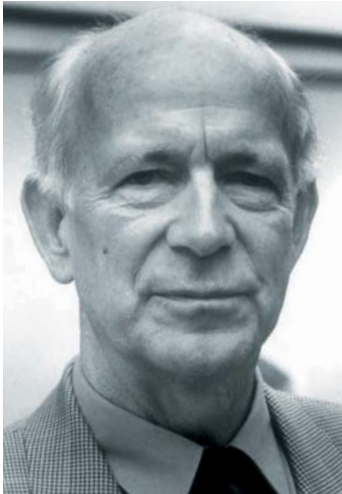
In diesem Zusammenhang rief sie dazu auf, zur Entschärfung des bestehenden Konflikts in Afghanistan mehr Hoffnung, Mut und Fantasie zu zeigen, um nach Wegen jenseits des Krieges zu suchen: »Waffen schaffen offensichtlich auch keinen Frieden in Afghanistan.« Politisch hat Käßmann recht, auch wenn sie keine konkrete Strategie kritisiert und keine konkrete Alternative entwirft. Das ist auch nicht ihre Aufgabe als Bischöfin. Trotzdem wirft man ihr vor, sie politisiere und polarisiere. Was steckt dahinter?

Wahrscheinlich wollen ihre Kritiker verdecken, dass in der Bevölkerung und bei den Experten der Rückhalt für den Afghanistaninsatz schwindet. Und einige ihrer alten Gegner wollen zugleich zu Beginn ihres EKD- Vorsitzes

schon einmal Käßmanns Grenzen markieren.

Christen haben aus ihrem Glauben heraus nicht den besseren politischen Sachverstand. Aber aus ihrem Glauben heraus haben sie drei politische Aufgaben: Erstens die Erinnerung an das noch nicht Eingelöste, an die Rücksicht auf die an den Rand Gedrängten sowie an die Sehnsucht nach einer besseren Welt. Zweitens die Anstiftung zu Hoffnung und Mut und damit zu Verantwortung und Solidarität. Drittens die Mahnung, dass die Würde des Menschen, die Freiheit des Gewissens, der Sinn des Lebens und die Verpflichtung auf Recht und Gerechtigkeit der Politik vorgegeben und nicht abstimmbare sind. Nichts anderes hat Bischöfin Käßmann in ihrer Neujahrspredigt entfaltet! ■

OLAF SUND ZUM GEDENKEN



Olaf Sund

* 31. August 1931 in Heide
† 8. Januar 2010 in Beedenbostel

Am 8. Januar 2010 hat ein erfülltes Leben sein Ende gefunden. Unser früherer Bundestagsabgeordneter Olaf Sund ist nach Jahren schwerer Krankheit in Beedenbostel verstorben.

Er war ein ganz besonderer Mensch. Sein lebenslanger Einsatz für viele Mitbürger, für ihre soziale Sicherheit und für Gerechtigkeit wurde schon früh zum Vorbild für eine ganze Generation politisch Engagierter im Celler Bereich. Hier lagen Anfang und Ende seines Wirkens. In den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts übernahm er zunächst für einige Jahre die Leitung der Heimvolkshochschule Hustedt. In dieser Bildungseinrichtung werden seit Kriegsende Arbeitnehmer und Gewerkschafter weitergebildet.

1970 wurde er in den niedersächsischen Landtag gewählt. Zwei Jahre später kandidierte er für den deutschen Bundestag und gewann als erster Sozialdemokrat den Wahlkreis Celle- Burgdorf direkt. Olaf Sund war nämlich nicht nur ein hochbegabter Pädagoge, sondern auch ein mitreißender, glänzender Redner, der mit seinen lebendigen Gesten, mit einfühlsamer Stimme und mit klaren, klugen Argumenten überzeugen konnte. Im Bundestag in Bonn bekam sein Name schon bald einen herausragenden Klang.

Man übertrug ihm das Amt des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der SPD- Bundestagsfraktion. Bundeskanzler Helmut Schmidt schätzte ihn menschlich hoch und achtete ihn als Sozialpolitiker. Noch Jahrzehnte später wurde diese Wertschätzung bei verschiedenen Treffen der beiden sehr deutlich. Aber auch Hans-Jochen Vogel kannte seine herausragenden Fähigkeiten. So berief Vogel als Regierender Bürgermeister von Berlin Olaf

Sund 1977 zum Senator für Arbeit und Soziales in die Berliner Regierung.

In den Achtzigern brauchte man ihn dann in Nordrhein-Westfalen als Präsidenten des Landesarbeitsamts. Auch diese Position füllte er erfolgreich aus, die Arbeit brachte Herausforderung und Freude.

Neue Perspektiven gab es nach der deutschen Vereinigung 1990. Damals rief ihn die junge Brandenburger SPD zu Hilfe. Er trat als Staatssekretär in die Regierung ein. Jahre später wurde Regine Hildebrand, seine damalige Sozialministerin, im Fernsehen befragt, wie sie es - als Querseinsteigerin - denn habe schaffen können, eine so extrem schwierige Aufgabe erfolgreich zu meistern „Ich habe einen Staatssekretär, der kann alles und weiß alles“ war die Antwort von Regine Hildebrandt und sie meinte Olaf Sund.

Für uns Celler Sozialdemokraten war Olaf Sund von Anfang an ein besonderer Glücksfall. In einer Reihe mit Lisa Korpeter, Fritz Riege und Peter Struck bleibt er für seine Celler Freunde ein leuchtendes Vorbild. Soziale Gerechtigkeit und die Teilhabe der Beschäftigten am Haben und am Sagen in der Arbeitswelt waren seine Lebensziele. Quer durch die politische Landschaft haben gewinnendes und bescheidenes Auftreten und gleichzeitig Kompetenz und Durchsetzungsvermögen ihm bundesweit Achtung und Respekt verschafft.

Wer diesen Olaf Sund, seine andauernde Arbeit für die Gesellschaft aber besonders seine menschliche Wärme gekannt hat, wird ihm dankbar bleiben und ihn nicht vergessen!

Rüdiger von Borcke

VORWÄRTS
RÄTSEL

Im Lexikon linker Leitfiguren von 1988 heißt es über ihn prophetisch: »Viele sehen in ihm den Präsidenten eines von der weißen Herrschaft befreiten Südafrika«. Da hatte Nelson Mandela bereits 26 Jahre hinter Gittern unterschiedlicher Gefängnisse des Apartheid-Regimes verbracht. Nelson Rolihlahla Mandela, am 18. Juli 1918 in eine Häuptlingssippe des Volkes der Xhosa geboren, war schon vor seiner Inhaftierung eine charismatische Figur des schwarzen Widerstands gegen Apartheid. 1944 gründete er mit Walter Sisulu und Oliver Tambo die Jugendliga des bis dahin eher gemäßigten Afrikanischen Nationalkongresses (ANC). Der ANC und etliche andere Anti-Apartheid-Organisationen wurden im April 1960 verboten, was notgedrungen zu verstärkten Untergrund-Aktivitäten führte. Die Speerspitze der Bewegung hieß tatsächlich »Speer der Nation« (Umkhonto we Sizwe). Deren Absicht war es zunächst, die weißen Herrscher mittels gezielter Sabotageaktionen ohne Blutvergießen so zu treffen, dass sie sich Verhandlungen mit den Vertretern der schwarzen Bevölkerungsmehrheit nicht mehr verschließen konnte. Ein fataler Irrtum. Nelson Mandela, der die Führung von Umkhonto we Sizwe übernommen hatte, wurde 1962 verhaftet und zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Im so genannten Rivona-Prozess wurde Mandela 1964 zu lebenslanger Haft verurteilt und auf einer Insel inhaftiert. Am 11. Februar 1990 kam Mandela endlich frei. Wie heißt die Insel, auf der Nelson Mandela 18 Jahre verbrachte? Zu gewinnen gibt es Mandelas Autobiographie »Der lange Weg zur Freiheit«. ■ lopo

Die Lösung bitte an den vorwärts, Odeonstr. 15/16 30159 Hannover

Steppenwolf heißt die Schwermetall-Combo. Gewonnen hat Regina Schmidt aus Hannover.

NARRHALLA-MARSCH, DIE HERREN

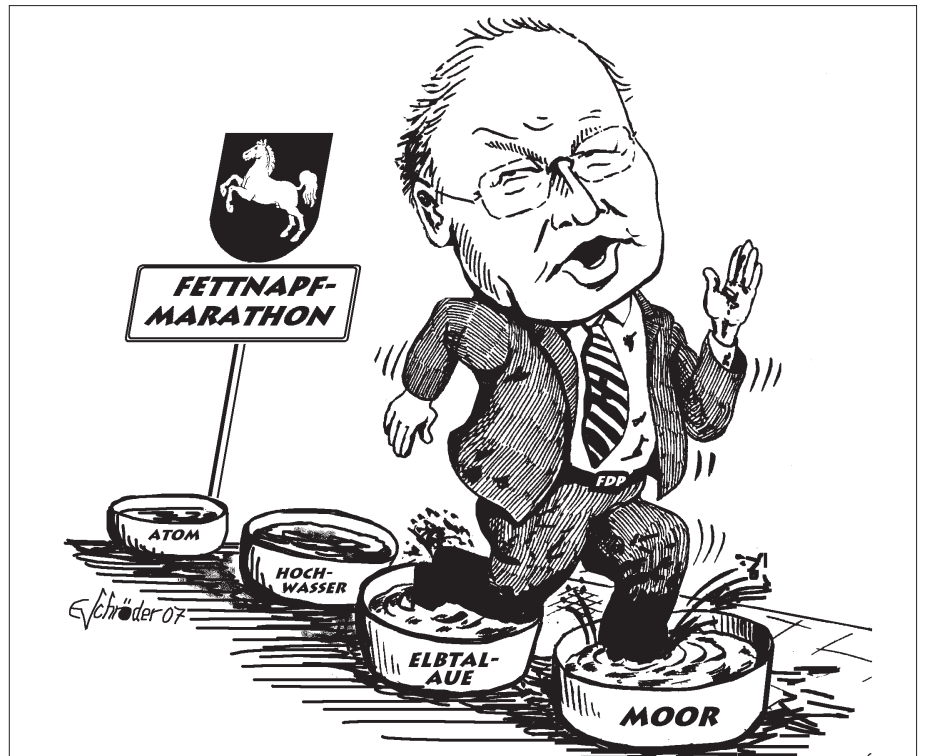
Mit ihrem Eintreten gegen die Umweltzone der Landeshauptstadt torpedieren Umweltminister Hans-Heinrich Sander und Ministerpräsident Christian Wulff die kommunale Verantwortung

Von Lothar Pollähne

Niedersachsens Umweltminister Hans-Heinrich Sander (FDP) bleibt auch 2010 seinem Ruf treu, kein Fettnäpfchen auszulassen. Per »Ordre de Mufti« hat Sander die Stadt Hannover Anfang Januar angewiesen, die zweite Stufe der Umweltzone um zwei Jahre herauszuschieben. Dabei hat sich der Minister offenkundig auf veraltete Gutachten gestützt.

Die Umweltzone, als Erfolgsmodell mittlerweile in vielen deutschen Städten in Kraft, setzt die europäische Luftqualitätsrichtlinie auf kommunaler Ebene um, obwohl vom Prinzip her das Land zuständig ist. Vor drei Jahren jedoch hatte das Land gekniffen und den Städten und Gemeinden die Verantwortung übertragen. »So kann man nicht mit den Kommunen und letztlich auch nicht mit den Autofahrern umgehen«, lautet der Kommentar des Präsidenten des Niedersächsischen Städtetages, Ulrich Mädge. Der Lüneburger Oberbürgermeister wertet das Verhalten des Ministers als »Torpedierung der kommunalen Verantwortung«.

Bernd Lange (MdEP) hat den Sander-Erlass zum Anlass genommen, eine Dringliche Anfrage an die Europäische Kommission zu stellen. »Es darf nicht sein, dass ein Landesminister durch sein Verhalten die Umsetzung der europäischen Luftreinhalte-Richtlinie boykottiert, mit ideologischen Scheuklappen die Umweltpolitik in Hannover angreift und dabei die Interessen der Menschen besonders in höchstbelasteten Straßen mit den Füßen tritt«, erklärte Lange zur



Spitzensportler Sander: Seine Tollität Hans-Heinrich Sander auf dem Weg zum nächsten Fettnäpfchen.

Karikatur: Ernst Schröder

Begründung seiner Anfrage: »Ich bin enttäuscht, dass für den niedersächsischen Umweltminister der Schutz von Menschen und Umwelt so weit hinten ansteht.«

Wenige Tage nach Inkraftsetzen setzte seine Tollität Hans-Heinrich Sander seinen Erlass wieder außer Kraft und bekam dafür Rückendeckung von seinem Chef. Christian Wulff hält Sanders Entscheidung für »plausibel und nachvollziehbar« und empfiehlt der Stadt

Hannover, die Zahl der Feuerwerke und damit das Ausmaß an Feinstaub zu reduzieren. Die diplomatisch formulierte Antwort von OB Stephan Weil: »Der Ministerpräsident ist leider nicht umfassend informiert«. Wulff ist wohl entgangen, dass es längst nicht mehr vorrangig um Feinstaub sondern um Stickoxide geht. Sanders Verhalten und Wulffs populistische Obertöne lassen jahreszeitlich bedingt nur einen Kommentar zu: Narrhalla-Marsch, die Herren. ■

BRAUNSCHWEIGER NEUJAHRSGRÜSSE



Mehr als 300 Gäste konnten SPD-Bezirkschef Hubertus Heil und die Braunschweiger UB-Vorsitzende Carola Reimann als Gastgeber beim SPD-Neujahrsempfang am 23. Januar begrüßen. Unter ihnen die Sozialministerin aus Mecklenburg-Vorpommern, Manuela Schwesig, die mit ihrer Neujahrsansprache zum Thema »Bildung und Familie« ganz auf der Linie des Bundesparteitages lag und darüber nachdachte, was Kinder wirklich brauchen. Es war ein etwas anderer Neujahrsempfang mit vielen ehrenamtlich Tätigen aus Sportvereine, freiwilligen Feuerwehren oder Kleingärten, Menschen also, die Tag für Tag Basisarbeit machen. ■ eb.